



Bundesministerin für
Frauen, Familie, Integration und Medien

bundeskanzleramt.gv.at

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration
und Medien

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.228.008

Wien, am 24. Mai 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Ecker, MBA, Kolleginnen und Kollegen haben am 24. März 2022 unter der Nr. **10311/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „aktueller Stand des Entschließungsantrags bezüglich weiblicher Genitalverstümmelung“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1, 2 und 8 bis 10:

1. *Wie ist der aktuelle Stand der Umsetzung des einstimmig angenommenen Entschließungsantrags?*
2. *Welche Maßnahmen haben Sie seit März 2021 gesetzt, um Datenmaterial betreffend Genitalverstümmelungen zu erhalten?*
8. *Wurde ein Auftrag zur Erstellung dieser Statistik vergeben?*
 - a. *Wenn ja, wann, an wen und mit welchen Kosten?*
9. *Bis wann ist genau geplant, eine Statistik zu Zahlen, Daten und Fakten zu Genitalverstümmelung in Österreich vorzulegen, um damit weitere gezielte Maßnahmen gegen diese Form von Gewalt gegen Mädchen und junge Frauen setzen zu können?*

10. Welche Gespräche/Initiativen/Maßnahmen hat es bisher Ihrerseits auf europäischer und internationaler Ebene gegeben, um weibliche Genitalverstümmelung zu verhindern?

Aus integrations- und frauenpolitischer Perspektive liegt ein genereller Arbeitsschwerpunkt in der Bekämpfung von frauenverachtenden bzw. körperverletzenden Praktiken sowie psychischer Gewalt.

Mit der Etablierung der österreichweiten Koordinationsstelle zu weiblicher Genitalverstümmelung wurde eine zentrale Anlaufstelle für Betroffene sowie für Einrichtungen geschaffen, die bundesweit von weiblicher Genitalverstümmelung betroffene oder bedrohte Frauen und Mädchen betreuen. Ziele der Einrichtung sind die Verbesserung der Gesundheit betroffener Frauen und Mädchen sowie der Ausbau der Prävention: durch Sensibilisierung von gefährdeten Frauen und Mädchen und durch Aufklärung betroffener Communities. Zusätzlich bietet die Stelle ein Info-Telefon zur Beratung von Frauen und die Organisation von Workshops an.

Die Koordinationsstelle dient unter anderem auch als Austauschplattform zur internationalen Vernetzung mit anderen Organisationen innerhalb Europas, die zur Dokumentation und Verhinderung von weiblicher Genitalverstümmelung beitragen. Außerdem setzt sich mein Ressort auf internationaler Ebene gegen weibliche Genitalverstümmelung ein, etwa durch die Beteiligung an der Kampagne „Orange the World – 16 days of activism against gender-based violence“, die von der „Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Ermächtigung der Frauen“ (UN Women) jährlich während der „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“ umgesetzt wird.

Zudem hat das „Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE)“ zu dem Thema die Studie *Estimation of the number of girls at risk of FGM in the EU (2020)* durchgeführt, zu der neben anderen relevanten Stakeholdern das Bundeskanzleramt mitgewirkt hat: Ziel war, die Anzahl der von weiblicher Genitalverstümmelung bedrohten Mädchen in Dänemark, Spanien, Luxemburg und Österreich einzuschätzen. Sie kann unter folgendem Link abgerufen werden: <https://eige.europa.eu/gender-based-violence/female-genital-mutilation/risk-estimations>.

Die weiteren vom Bundeskanzleramt im Jahr 2022 geförderten Integrationsprojekte mit Frauen- bzw. Gewaltschutzschwerpunkt sind unter <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/integration/projektfoerderung/foerderschwerpunkte/frauen.html> abrufbar. Darüber hinaus darf ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfragen Nr. 8157/J vom 6. Oktober 2021 und Nr. 9307/J vom 14. Jänner 2022 verweisen.

Zu den Fragen 3 bis 7:

3. *Wie viele Arbeitstreffen haben zu diesem Thema bereits stattgefunden?*
4. *Wer war daran beteiligt?*
5. *Wurden die Bundesländer wie im Entschließungsantrag angeführt eingebunden?*
 - a. *Wenn nein, warum nicht?*
 - b. *Wenn ja, gibt es schon Rückmeldungen, wie hoch der Bedarf an psychosozialer und medizinischer Unterstützung, insbesondere für Rückoperationen in den jeweiligen Bundesländern, ist?*
6. *Waren Sie zu diesem Zweck bereits mit Berufsgruppen oder Interessensvertretungen wie beispielsweise dem Verein stopFGM (österr. Plattform gegen Genitalverstümmelung) im Austausch?*
 - a. *Wenn ja, wie sah dieser Austausch im Detail aus?*
7. *Waren Sie zu diesem Zweck bereits mit dem Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz bzw. der Bundesministerin für Justiz im Austausch in deren Arbeitsbereich diese einstimmige Entschließung ebenfalls fällt?*
 - a. *Wenn ja, wann und mit welchem Ergebnis?*

Das Bundeskanzleramt ist mit unterschiedlichsten Stakeholdern von staatlicher und zivilgesellschaftlicher Seite im kontinuierlichen Austausch. So gibt es beispielsweise im Integrationsbereich einen regelmäßigen Dialog mit Projektträgern im Rahmen der nationalen Integrationsförderung sowie im Rahmen der österreichischen Integrationskonferenz und des Integrationsbeirats, der sich in der Sitzung am 25. November 2021 schwerpunktmäßig dem Thema Gewalt an Frauen im Kontext von Integration widmete. Zusätzlich werden die Bundesländer beispielsweise über die neu eingerichtete bundesweite Koordinationsstelle eingebunden.

MMag. Dr. Susanne Raab

